



# 2015/49 Lifestyle

<https://jungle.world/artikel/2015/49/umkaempfter-amazonas>

**Protest gegen Infrastrukturprojekte im Amazonasgebiet**

## Umkämpfter Amazonas

Von **Nils Brock**

**Seit 15 Jahren betreiben mehrere Staaten Südamerikas die »Initiative für die Integration der regionalen Infrastruktur Südamerikas« (IIRSA). Eine zentrale Entwicklungsregion ist der Amazonas. Doch für die lokale Bevölkerung haben die Projekte oft negative ökologische Folgen, vielerorts regt sich Widerstand.**

Die Kleinstadt Nauta im peruanischen Regenwald ist auf den ersten Blick kein global player: Ein- bis zweigeschossige Häuser, ein begrünter Hauptplatz mit kolonialen Ornamenten und ein Flusshafen mit Anlegestellen für Frachtkähne und Fähren. Daneben eine Markthalle, in der noch der Schmutz der letzten Überschwemmung weggefegt wird. Die knapp 30 000 Einwohner freuen sich, etwas abseits der Transport- und Schmuggelrouten der Amazonasmetropole Iquitos zu liegen. Doch das könnte sich bald ändern, denn beide Städte teilen das Ufer des Amazonas.

Der Zulauf des wasserreichsten Stroms der Erde heißt hier Marañon und wurde gemeinsam mit dem weiter nördlich gelegenen Río Napo vor 15 Jahren für ein ambitioniertes Infrastrukturprojekt auserkoren: eine 6 000 Kilometer lange, ganzjährig schiffbare Passage zwischen Pazifikhäfen in Ecuador, Kolumbien und Peru und dem brasilianischen Flusshafen Manaus bis hin zu den Städten Macapá und Belém im atlantischen Mündungsdelta des Amazonas. Unter Federführung des damaligen Präsidenten Brasiliens, des Marktliberalen Fernando Henrique Cardoso, entwickelten die Anrainerstaaten und Entwicklungsbanken ein zunächst zwei Milliarden US-Dollar umfassendes Projekt, um neben dem Bau neuer Straßenverbindungen alle Flussläufe zu vertiefen, die für große Tank- und Containerschiffe bislang zu seicht waren. Der Marañon und der Río Napo wurden in einer Planstudie aus dem Jahr 2004 allerdings noch als »geeignet für die Schifffahrt, ohne Notwendigkeit größerer Baggerarbeiten« bezeichnet. Lange Zeit erfuhr die soziale Bewegung Nautas, die maßgeblich von Indigenen der Gruppe Cocama getragen wird, nicht von diesen Plänen. »Doch vor drei Jahren erzählte mir ein Kollege, der von einem Vernetzungstreffen zurückkam, dass die Anlegestellen in unserem Hafen privatisiert und der Fluss an vielen Stellen ausgebaggert werden soll«, erzählt Rita Muñoz, Mitarbeiterin des Gemeinderadios Ukamara. Ungläubigkeit wich schnell Entsetzen, als klar wurde, dass die urbanen Uferbereiche in 100 Meter langen Parzellen längst an auswärtige Investorengruppen verkauft worden waren. »Vielleicht

werden die lokalen Fischer und Händler ihre Waren bald nicht mehr auf dem Wasserweg in die Stadt bringen können«, fürchtet Muñoz. Radio Ukamara bekam zudem auch Karten in die Hand, auf denen jene Stellen eingezeichnet sind, wo das natürliche Flussbett zu 30 Meter breiten Kanälen erweitert werden soll. Unabhängige Umweltstudien gehen davon aus, dass an Stellen, an denen gebaggert werden soll, die vor allem von Cocama besiedelten Ufer zerstört werden könnten.

Doch wozu ist überhaupt eine kurvenreiche Amazonas-Achse nötig? Der Panama-Kanal und die in Nicaragua geplante künstliche Wasserstraße verbinden die Weltmeere auf deutlich kürzerem Wege. Der Hauptgrund ist nach Ansicht des peruanischen Anthropologen Ladislau Landa ein Entwicklungseifer, der den Amazonas spätestens seit den sechziger Jahren als großes Warenhaus sieht. »Die Kolonisierung und infrastrukturelle Erschließung der Region sollten die Ausbeutung von Rohstoffen garantieren«, sagt Landa. Doch dieser vor allem auf die Landwirtschaft ausgerichtete Entwicklungsansatz führte zu einer Übernutzung der Böden und war wirtschaftlich nicht rentabel genug; Regierungen und Regime gaben ihre kühnen Siedlungsexperimente, wie beispielsweise das brasilianische Rurópolis, schnell wieder auf.

In den neunziger Jahren wurde das extraktivistische Entwicklungsparadigma jedoch wieder-belebt in Plänen, die weit über die Amazonas-Achse hinausgingen. Gemeinsam mit dieser wurden im Jahr 2000 am Reißbrett neun weitere Entwicklungskorridore angelegt, vereint in dem Megaprojekt »Initiative für die Integration der regionalen Infrastruktur Südamerikas« (IIRSA). Der neue Horizont hieß »Südamerika«, womit konzeptuell an geopolitische Prämissen der brasilianischen Militärdiktatur (1964-1985) angeknüpft wurde. In einem viel beachteten Aufsatz identifizierte der Geograph Carlos Walter Porto-Gonçalves insbesondere Bauunternehmen und Banken sowie zahlreiche Bergbauunternehmen – allen voran den brasilianischen Konzern Vale – als Vordenker dieses regionalen »Rahmens für Wettbewerb und Nachhaltigkeit«, der die Bedingungen für eine stabile Entwicklung schaffen sollte. Vale ist als Teil des Joint Venture Samarco verantwortlich für den Dammbbruch im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais Anfang November, der mehrere Todesopfer forderte und eine ökologische Katastrophe verursacht hat (Jungle World 48/15).

Solche Zwischenfälle, die auch im Amazonas-Gebiet immer wieder vorkommen, seien trotz -aller Nachhaltigkeitsbeschwörungen immanenter Bestandteil des extraktivistischen Modells, so Landa. »IIRSA nimmt die Vernichtung ganzer Ethnien in Kauf. Ein Exodus wird nicht zu vermeiden sein, wenn der Bergbau und andere Projekten voranschreiten. Uns bleibt also nichts anderes übrig, als endlich aktiv zu werden, und vor allem die rechtliche Anerkennung indigener Territorien und Gemeinden forcieren.«

Die Cocama in Nauta haben das versucht. Sie bestehen darauf, dass der Fluss Marañon Teil ihres Kulturerbes sei. »Von Vorteil ist, dass wir laut der peruanischen Verfassung als indigene Ethnie konsultiert werden müssen, bevor auf unseren Territorien irgendwelche Eingriffe vorgenommen werden«, sagt Rita Muñoz. Als die peruanische Regierung im Juni versuchte, die lästige Formalität binnen weniger Wochen zu erfüllen, unternahmen die Cocama rechtliche Schritte. Im August gelang es ihnen, die Genehmigung für die Fluss-erweiterung zu stoppen. »Wir organisieren jetzt überall Workshops, um die interne Diskussion in den umliegenden indigenen Gemeinden anzuregen, damit wir uns bei der nächsten Konsultation geschlossen gegen IIRSA aussprechen«, so die Radiojournalistin.

Um auf den Treffen mögliche Folgen der Infrastruktur-Initiative zu skizzieren, müssen Muñoz und ihre Mitstreiterinnen nicht in die Ferne schweifen. Ein Stück flussaufwärts liegt an einem Seitenarm des Marañon das Dorf Cuninico. Im Juni 2014 flossen dort aus einer lecken Pipeline des Unternehmens Petroperú 2 000 Barrel Rohöl in den Regenwald. Für die lokale Bevölkerung, deren Ernährung und Handel gänzlich vom Fischfang abhingen,

bedeutete dies das Ende ihrer bisherigen Lebensweise. Zunächst halfen die Dorfbewohner für 25 US-Dollar am Tag beim Säubern von Wald und Gewässern und Frauen fanden als Wäscherinnen und Köchinnen ein Einkommen. Mitte Dezember 2014 verschwanden jedoch Geld und Jobs und die Nachfrage nach Fisch stellte sich nicht wieder ein, wie die Journalistin Barbara Fraser beobachtete, die die Gemeinde nach dem Unglück begleitet hatte. Inzwischen musste Petroperú zugeben, dass es nicht gelungen ist, die Gegend gründlich zu reinigen. Bleirückstände und andere Schwermetalle werden die Umwelt noch über Jahrzehnte belasten.

Verteidiger von IIRSA, wie der Direktor des Staatlichen Amtes für Infrastruktur in Kolumbien, René Cortés, halten dem entgegen, dass eine neue »Methode der strategischen Umweltevaluierung« Hilfe werde, die Auswirkungen extraktivistischer Projekte zu mildern. Der Ausbau der Infrastruktur und die tatsächliche Erschließung bereits konzessionierter Gebiete im Amazonas verstärken sich gegenseitig, bislang sind 4,5 Millionen Quadratkilometer betroffen. Dass der Ausbau der Wasserstraßen dennoch langsamer voranschreitet als geplant, sehen viele soziale Bewegungen im Amazonas dem schwächeren chinesischen Wirtschaftswachstum geschuldet. Doch China hat bisher nicht erkennen lassen, dass es bei den 250 Milliarden US-Dollar, die es bis 2025 in der Region investieren will, Abstriche machen will. 70 Prozent der Finanzierung von IIRSA-Projekten stammen aus öffentlichen Quellen, der größte Anteil kommt von der brasilianischen Entwicklungsbank BNDES. Es sind vielmehr große brasilianische Bauunternehmen wie OAS oder Odebrecht, die durch ihre Verwicklung in den Korruptionsskandal des halbstaatlichen Ölkonzerns Petrobras derzeit nicht liquide sind und ihre IIRSA-Aufträge nicht erfüllen oder gar abstoßen wollen.

Dass deshalb der »brasilianische Subimperialismus« auf dem Kontinent, wie ihn der uruguayische Publizist Raúl Zibechi nennt, oder zumindest das Extraktivismus-Paradigma im Amazonas ins Wanken geraten könnte, ist jedoch nicht zu erwarten. Die brasilianische Arbeiterpartei (PT) hat IIRSA konsequent fortgesetzt, seit sie vor 13 Jahren erstmals die Regierung gestellt hat. Und auch jetzt, in Zeiten wirtschaftlicher Rezession, folgt der PT dem ökonomischen Mantra »es gibt nur Wachsen oder Wachsen«, das Antônio Delfim Netto, ein ehemaliger Minister der Militärdiktatur, bereits Ende vorigen Jahres als einzigen Ausweg aus der Krise verkündet hatte. Die derzeit konservative bis reaktionäre Ausrichtung im brasilianischen Kongress tut ihr übriges. Dort haben Vertreter der Agrarindustrie eine bequeme Mehrheit und damit die Chance, die Vergabe neuer Landtitel an indigene Gemeinden zu verhindern und bereits vergebene Territorien zu annullieren, denn es stehen Verfassungsänderungen zur Abstimmung an, die die Demarkation indigener Territorien künftig an die Legislative übertragen sollen (Jungle World 46/2015). Protest linker Abgeordneter gibt es kaum – den meisten von ihnen gilt der Amazonas weiterhin als Region, in der ein Ausbau der Monokultur und Ressourcenraub schnelle ökonomische Erfolge versprechen.

In Nauta beobachten die Cocama die Entwicklung in Brasilien mit Sorge, erst recht, seit ihr kleiner Etappensieg im August zunichte gemacht wurde. Im Anschluss an die ersten Workshops in indigenen Gemeinden forderten sie mehr Zeit, um auch in abgelegenen Gebieten alle Betroffenen ausgiebig informieren zu können. Doch die peruanische Regierung, die den Ausbau der Wasserstraßen uneingeschränkt fördert, ließ sich nicht darauf ein. »Vor ein paar Wochen verloren wir die Konsultation«, sagt Muñoz enttäuscht.

»Die Bevölkerung hat sich spalten lassen. Einige indigene Repräsentanten haben sich auf die Seite der Regierung geschlagen, im Gegenzug für bilaterale Vergünstigungen. Aber wir werden uns weiter wehren, auch wenn wir im Moment kaum mehr tun können als zumindest die Einhaltung der Umweltstandards zu überwachen oder zu versuchen, den Fall vor den interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte zu bringen.« Doch der nimmt sich jährlich gerade mal eines halben Dutzends Fälle an – zu wenig, um IIRSA nachhaltig trockenanzulegen.